

A N F R A G E von Beat Habegger (FDP, Zürich), André Müller (FDP, Uitikon) und Peter Vollenweider (FDP, Stäfa)

betreffend Blockchain und E-Government im Kanton Zürich

Blockchain ist eine Technologie, die zur effizienten, sicheren und kostengünstigen Abwicklung digitaler Transaktionen und zur Verifizierung von Zugriffs- und Eigentumsrechten eingesetzt wird. Im Zentrum steht eine Art dezentrale Datenbank («distributed ledger»), deren Inhalte über alle Computersysteme sowie geographischen und institutionellen Grenzen hinweg geteilt werden können. Alle Teilnehmer haben ihre eigene Kopie der Datenbank, die bei Veränderungen durch andere Teilnehmer simultan aktualisiert wird. So lassen sich Finanzanlagen, Eigentumsrechte oder andere Rechtsansprüche aufbewahren, während kryptographische Verschlüsselungssysteme die Sicherheit und Integrität der Daten gewährleisten.

Am meisten diskutiert wird die Blockchain-Technologie im Bereich der Finanzdienstleistungen, insbesondere weil die Digitalwährung Bitcoin auf ihr basiert. Die dezentrale Verwaltung von Daten oder Rechtstiteln geht jedoch weit über dieses Anwendungsfeld und die Finanzindustrie hinaus und umfasst viele andere Branchen (z.B. Gesundheitswesen, Immobilien, Energie). Konkret geht es etwa um das Gewähren von Zugriffsrechten (z.B. auf Gesundheitsdaten), die Herkunftszertifizierung von Gütern (z.B. bei wertvollen Rohstoffen), die Sicherung von Eigentumsrechten (z.B. Grundbucheinträge), die Abwicklung von Verträgen (mittels Smart Contracts) oder das Ausüben demokratischer Rechte (z.B. E-Voting).

Von besonderem Interesse aus Sicht des Kantons Zürich sind die sich eröffnenden Möglichkeiten zur effizienten und kostengünstigen Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Solche ergeben sich beispielsweise überall dort, wo Geschäftsvorgänge und -ergebnisse systematisch aufgezeichnet, über eine lange Zeit aufbewahrt und immer wieder an Personen oder Institutionen ausgeliefert werden müssen (z.B. Registerauszüge).

Die britische Regierung hat im Januar 2016 eine umfangreiche Studie zur «Distributed Ledger Technology» veröffentlicht, in der sie auf die Chancen für Regierung und Verwaltung eingeht. Als konkrete Beispiele behandelt die Studie den Schutz kritischer Infrastrukturen, die bessere Nachverfolgbarkeit von Hilfgeldern, die Verminderung operativer Kosten beim Bezug von Sozialleistungen oder die Reduktion von Steuerbetrug.

Im Wirtschaftsraum Zürich, insbesondere im Kanton Zug, haben sich in den letzten Jahren mehrere Unternehmen angesiedelt, die Dienstleistungen auf der Grundlage der Blockchain-Technologie erbringen. Da viele dieser Firmen im Bereich der Finanzdienstleistungen aktiv sind, werden sie oft der Fintech-Branche zugeordnet. Diese hat auch für den Kanton Zürich hohe Priorität angesichts der grossen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Finanzplatzes.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Chancen, die sich aus der Blockchain-Technologie bzw. einem Distributed Ledger für eine effiziente und kostengünstige Erbringung öffentlicher Dienstleistungen im Kanton Zürich ergeben?

2. Hat sich der Regierungsrat bereits mit dieser Technologie, z. Bsp. im Rahmen seiner E-Government-Strategie, befasst? Wurden bereits konkrete Anwendungsfelder identifiziert oder erste Projekte initiiert?
 - a. Falls ja, welche?
 - b. Falls nein, plant der Regierungsrat solche oder ist er bereit, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Möglichkeiten dieser Technologie zu prüfen, Handlungsfelder zu identifizieren und (Pilot-)Projekte einzuleiten?
3. Hat der Regierungsrat bereits identifiziert, welche gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden müssten, um die Blockchain-Technologie zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen einzusetzen?
4. Die Verwaltung der Stadt Zug akzeptiert im Rahmen eines Pilotprojekts ab dem 1. Juli Bitcoins als Zahlungsmittel für Leistungen bis zu 200 Franken. Plant der Regierungsrat diese Zahlungsmöglichkeit beim Bezug kantonaler Leistungen ebenfalls anzubieten? Hat der Regierungsrat Kenntnis von Gemeinden, die diese Zahlungsoption anbieten?
5. Betreibt der Regierungsrat ein Monitoring – allenfalls in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderungs- und Branchenverbänden – zu den möglichen Auswirkungen der Blockchain-Technologie auf den Finanzplatz Zürich?
6. Unternimmt der Regierungsrat spezifische Anstrengungen, um den Wirtschaftsstandort Zürich attraktiv zu machen für Unternehmen, die Dienstleistungen auf Grundlage der Blockchain-Technologie anbieten?

Beat Habegger
André Müller
Peter Vollenweider